



VORLÄUFIGES ANTRAGSBUCH

**zum 09. Bundesparteitag in Augsburg
30. Juni bis 01. Juli 2018**

Messe Augsburg
Am Messezentrum 5 | 86159 Augsburg

Bearbeitungsstand: 22. Juni 2018



TO-SO 3 Antrag zur Tagesordnung (sonstiger Antrag)

Antragsteller: Fünf ordentliche Delegierte;
Andreas Wild, Christina Baum, Rainer Balzer, Janin Klatt-Eberle, Marius Radtke, Olaf Kießling

Interne ID: W 35

Der Bundesvorstand wird aufgefordert, im nächsten Wahlkampf mindestens 15% aller Werbematerialien dem Thema "Einheimische Minderheitswerdung" zu widmen, indem vor allem statistische Informationen zum Anteil von Nicht-/Migranten bei Kindern verbreitet werden sowie Minderheitswerdungskonsequenzen."

Begründung:

Unsere einheimischen Kinder werden in wenigen Jahren zur Minderheit im eigenen Land und der Altparteiwähler ist völlig ahnungslos, weil die Systemmedien dies verschweigen! Deshalb müssen wir – die AfD – die Wähler über die bevorstehende Minderheitswerdung unseres einheimischen Nachwuchses aufklären!

Bei der Bevölkerung wird durch die Fokussierung auf die Zahl „11% Ausländer“ durch Medien und Politik der Eindruck erweckt, dass eine Überfremdung völliger Quatsch sei, und dass Menschen und Parteien (AfD), die von Überfremdung und Islamisierung reden, Fake News und Hate Speech verbreiten, ausländerfeindliche Rassisten sind und somit unwählbar.

Die relevante Zahl, die etwas über drohende Überfremdung aussagt, ist jedoch der Anteil von Migrationshintergrundlern bei Neugeborenen und der lag bundesweit bereits in 2013 bei 38%, also VOR Massenimmigration und VOR Familiennachzug! In vielen dt. Großstädten sind die einheimischen Kinder bereits seit 10 Jahren in der Minderheit!

Diese Schweigespirale der Verharmlosung der Überfremdung muss durchbrochen werden, so schnell wie möglich. Dies kann nur die AfD leisten, indem die Partei bei der Europawahl und jeder weiteren Wahl eine massive, bundesweite Aufklärungskampagne durch Plakate, Flugblätter und Interviews durchführt, bis jeder Deutsche diese Zahlen kennt und auch die Konsequenzen, die daraus folgen wie Verlust von Heimat, Identität, Kultur, politischer Selbstbestimmung, Sozialer Frieden, Wohlstand, Sozialstaat, Sicherheit etc.

"53% der Bevölkerung haben Angst vor Überfremdung, wenn noch mehr Migranten kommen." (Umfrage Allensbach Institut 2016). Wenn die AfD diese 53% darüber aufklärt, dass die Überfremdung in der nächsten Generation auch OHNE weitere Zuwanderung stattfinden wird, dann werden viele von Ihnen AfD wählen und zur Volkspartei machen.

Bitte überzeugen Sie Ihren Kreis-/Landes-/Bundesvorstand von der Notwendigkeit der Durchführung der Aufklärungskampagne-Einheimische-Minderheitswerdung. Bei regional bis zu 2% Zuwachs an Migrationshintergrundlern pro Jahr bei Neugeborenen läuft uns die Zeit davon, vor allem in den Großstädten!

Weitere Argumente zur Antragsbegründung finden Sie hier: <https://goo.gl/TMXpon>

Anmerkung der Bundesgeschäftsstelle: Es wurden nur diejenigen Mitglieder als Antragsteller aufgeführt, die auch ordentliche Delegierte nach § 11 Abs. (3) Bundessatzung sind. Alle anderen Mitglieder wurden von der Liste des Antragstellers entfernt.

Der Verfahrens Antrag des Bundesvorstands zur Änderung der Tagesordnung lautete:

Der Bundesparteitag möge beschließen:

1. Der Antrag **TO-SO 1** (Diesel-Resolution) wird angenommen und unter einem neuen TOP 20 (neu) befaßt.
2. Der Antrag **TO-3** (Syrien-Resolution) und **TO-SO 5** (Luftangriffe) wird angenommen und unter einem neuen TOP 21 (neu) befaßt.
3. TOP 20ff. (alt) werden TOP 22ff. (neu).
4. Die folgenden Anträge werden nicht befaßt:
 - a. **TO-1**
 - b. **TO-4**
 - c. **TO-6**
 - d. **TO-7**
 - e. **TO-SO 2** (siehe aber 6.b. dieses Antrags),
 - f. **TO-SO 3,**
 - g. **TO-SO 4,**
 - h. **TO-SO 7 bis TO-SO 13, (Anm.des Protokollführers: richtig soll hier "TO-SO 6 bis TO-SO13" sein)**
 - i. **TO-SO 25.**
5. Die Anträge **TO-SO 14 bis TO-SO 24** (Grundsatzprogramm Außenpolitik) werden an den Bundesfachausschuß 1 (federführend) und die Bundestagsfraktion überwiesen.
6. Die folgenden Anträge werden an den Konvent überwiesen:
 - a. **TO-2** (Qualitätsmanagement)
 - b. **TO-SO 2** (Großdemonstrationen)
 - c. **SN-5** (Haushaltsplan)
7. Der Antrag **TO-5** (Absetzung TOP 12 Parteinaher Stiftung) wird von diesem Antrag nicht umfaßt. Er ist separat aufzurufen und zu entscheiden.
8. Im Rahmen der Aussprache zu Anträgen betreffend die Satzung oder eine andere Ordnung der Partei wird einem Vertreter des Satzungsausschusses Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.
9. Im Rahmen der Aussprache zu Anträgen betreffend das Grundsatzprogramm wird dem Vorsitzenden des jeweiligen Bundesfachausschusses Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben.

2

Folgende, geänderte Tagesordnung wurde beschlossen:

- | | |
|--------|--|
| TOP 1 | Eröffnung und Begrüßung durch einen Vertreter des Bundesvorstandes |
| TOP 2 | Wahl des Versammlungsleiters und zweier stellvertretender Versammlungsleiter |
| TOP 3 | Wahl eines Protokollführers und zweier stellvertretender Protokollführer |
| TOP 4 | Wahl der Zählkommission, der Mandatsprüfungskommission, der Antragskommission und Beschluss über die Verwendung elektronischer Stimmgeräte |
| TOP 5 | Beratung über die und Beschlussfassung der Tagesordnung |
| TOP 6 | Bericht der Mandatsprüfungskommission |
| TOP 7 | Grußwort des gastgebenden Landesverbandes |
| TOP 8 | Rede eines Bundessprechers |
| TOP 9 | Diesel-Resolution: "Unsinnige Fahrverbote – nicht mit der AfD" |
| TOP 10 | Resolution zu EU-Sanktionen gegen Syrien |
| TOP 11 | Bundespar |

TOP 5 Beratung über die und Beschlussfassung der Tagesordnung

11:14 Uhr

Ein Verfahrensantrag („Antrag an den 9. Bundesparteitag“) des Bundesvorstandes wird verteilt; der BuVo weist auf einen darin enthaltenen, redaktionellen Fehler hin: unter 4 h) des Verfahrensantrages muss es TO-SO 6 heißen statt TO-SO 7, also „TO-SO 6 bis TO-SO 13“. Debatte wird eröffnet.

Folgende Änderungsanträge zum Verfahrensantrag werden gestellt:

TO 7 (Präambel) soll herausgenommen werden.

TO-SO 1 (Dieselantrag) soll TOP 9, TO 3 (Syrienantrag) soll TOP 10 werden.

TO-SO 10 (Bundesparteitag Sozialpolitik) soll herausgenommen werden.

TO- SO 3 und TO-SO 4 sollen herausgenommen werden.

Über die Nichtbefassung TO-SO 6 bis TO-SO 13 soll in Einzelabstimmung abgestimmt werden.

AnGO auf Schluß der Debatte und sofortige Abstimmung wird mM **angenommen**.

Abstimmung über Änderungsanträge:

TO SO 1 soll TOP 9 werden mgM **angenommen**.

TO 3 soll TOP 10 werden mgM **angenommen**.

TO 7 soll herausgenommen werden mgM **abgelehnt**.

TO-SO 10 soll aus dem Verfahrensantrag herausgenommen werden; Akklamation nicht eindeutig, EA wird notwendig. Die Handhabung des Geräts wird erklärt und eine Probeabstimmung durchgeführt.

EA wird angesetzt („TO SO 10 aus dem Verfahrensantrag herausnehmen“).

Von 476 Stimmen entfallen auf Ja 240 Stimmen, auf Nein 226 Stimmen, auf Enthaltung 10 Stimmen; damit ist der Antrag **angenommen** und der Antrag TO-SO 10 wird aus dem Verfahrensantrag herausgenommen.

TO-SO 3 und 4 sollen aus dem Verfahrensantrag herausgenommen werden, Akklamation nicht eindeutig.

EA wird angesetzt („TO SO 3 und TO SO 4 aus dem Verfahrensantrag herausnehmen“).

Von insgesamt 481 Stimmen: 204 Stimmen entfallen auf Ja, 267 Stimmen entfallen auf Nein, 10 auf Enthaltung; damit ist der Antrag **abgelehnt**.

TO-SO 6 bis 13 sollen einzeln abgestimmt werden, Akklamation nicht eindeutig.

EA wird angesetzt (Wortlaut: Einzelabstimmung zu Nichtbefassung TO-SO 6 bis 13).

Von insgesamt 466 Stimmen: 222 Stimmen entfallen auf Ja, 241 Stimmen entfallen auf Nein, 3 Stimmen entfallen auf Enthaltung; damit ist der Antrag **abgelehnt**.

Verfahrensantrag wird in veränderter Form abgestimmt; VL erläutert den Verfahrensantrag. GesamtAbstimmung über den geänderten Verfahrensantrag: mgM **angenommen**.

Zahl der akkreditierten stimmberechtigten Mitglieder lt. MPK: 516.

Es geht weiter mit TO- 5. Der Antragsteller ergreift das Wort. Debatte.

Abstimmung TO- 5: mM **abgelehnt**, damit bleibt TOP 12 auf der TO.

Es geht weiter, ob TO-SO 10 als TOP 11 (nach Syrien-Resolution) auf die TO genommen wird oder nicht. Nach Debatte wird der Antrag mgM **angenommen**.

Keine weiteren Anträge zur TO, daher Schlussabstimmung über geänderte TO: wird mgM **angenommen**.